

Empfehlung des Beirats Bürgerbeteiligung

Der Beirat Bürgerbeteiligung schlägt vor, die Anzahl der Beiratsmitglieder von 25 auf maximal 30 Mitglieder zu erhöhen. Im Folgenden werden die einzelnen Bestandteile des Dialogs (Verwaltung – Politik – Zivilgesellschaft) detailliert betrachtet.

Verwaltung: Aufgrund der Erweiterung der Verwaltung um einen Geschäftsbereich erhöht sich die Anzahl der Beiratsmitglieder auf sechs. Dabei sollen die einzelnen Dezernate auf eine geschlechterparitätische Besetzung achten. Ergänzend werden Stellvertreter*innen benannt.

Politik: Es sollen maximal sechs Personen entsandt werden, damit keine Dominanz der Politik im Gremium entsteht. Außerdem sollen unterschiedliche Parteien vertreten sein. Eine genaue Ausgestaltung soll vom Rat der Stadt nach der Kommunalwahl festgelegt werden. Auch hier soll darauf geachtet werden, dass bisher unterrepräsentierte Gruppen (wie z.B. junge Menschen, Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund) in den Beirat Bürgerbeteiligung entsandt werden.

Bürgerschaft: Die Anzahl der gelosten Bürger*innenplätze erhöht sich auf sechs Vertreter*innen, die geschlechterparitätisch besetzt werden sollen. Außerdem sollen mindestens zwei Plätze für junge Menschen (16-30 Jahre) freigehalten werden. Nach der Einrichtung des Beirats Bürgerbeteiligung durch den Rat veröffentlicht die Stabsstelle einen Aufruf (inkl. Aufgabenprofil) an die Wuppertaler Bürgerschaft, sich um einen Platz im Beirat Bürgerbeteiligung zu bewerben. Junge Menschen sollen gezielt angesprochen werden, z.B. durch Schülervertretungen oder Jugendorganisationen. Die drei Vertreter und drei Vertreterinnen sowie ihre Stellvertreter*innen werden per Losverfahren ermittelt.

Institutionen: Die Anzahl der Institutionen aus der Zivilgesellschaft erhöht sich von zehn auf zwölf. Diese sollen ebenfalls darauf achten, dass sie ihre Repräsentant*innen diverser aufstellen. Die folgenden bereits im Beirat vertretenen Institutionen entsenden auch in der nächsten Periode Vertreter*innen und Stellvertreter*innen:

- Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AGFW)
- Beirat für Menschen mit Behinderung
- Deutscher Gewerkschaftsbund Wuppertal (DGB)
- Integrationsrat
- Naturschutzbeirat
- Schulen
- Stadtsportbund
- Stadtverband der Bezirks- und Bürgervereine
- Utopiastadt

Die Wuppertalbewegung wird sich in der kommenden Ratsperiode aus dem Beirat Bürgerbeteiligung zurückziehen. Drei neue Institutionen sollen Vertretungen für den Beirat benennen:

- Forum der Migrantenvereine
- Quartierbüros der Sozialen Stadt Heckinghausen und Oberbarmen/Wichlinghausen
- Wuppertaler Jugendrat

Ausblick

Der Beirat Bürgerbeteiligung versteht sich als Beratungs-/Expert*innengremium, welches die Stabsstelle Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement bzgl. ihrer Beteiligungsverfahren inhaltlich unterstützt. Um alle Mitglieder auf einen ähnlichen Wissensstand zu bringen, führt die Stabsstelle vor der konstituierenden Sitzung einen Einführungsworkshop durch. Ergänzend erhalten alle Mitglieder eine Materialmappe mit grundlegenden Informationen. Der Werkzeugkasten Bürgerbeteiligung als festes Element im Sitzungsablauf wird beibehalten. Zudem wird das Patentandem bei neuen Beteiligungsverfahren fortgeführt und intensiviert. Beiratsmitglieder sind aufgefordert die Vor-Ort-Veranstaltungen zu besuchen und Kritik am Verfahren, Ablauf, Organisationen, Moderation o.Ä. zu üben.

Das politische Gewicht eines Gremiums ist auch von seiner Wahrnehmung in der Stadtgesellschaft abhängig. Deshalb soll das Thema „Öffentlichkeitsarbeit“ gemeinsam mit dem neugewählten Beirat erneut betrachtet werden. Die Stabsstelle wünscht sich eine stärkere Präsenz der Beiratsmitglieder in der Wuppertaler Öffentlichkeit. Dies kann z.B. durch vermehrte konventionelle Öffentlichkeitsarbeit im Sinne von Pressemitteilungen (vor und nach den Sitzungen, Beiratsmitglieder nehmen Stellung zu relevanten Themen) erreicht werden. Auch die sozialen Medien (Facebook, Twitter, Instagram) können bespielt werden (z.B. durch Portraits der Mitglieder). Die Beiratsmitglieder sollen der Wuppertaler Zivilgesellschaft als Ansprechpartner*innen bekannt sein. Die Ausgestaltung der gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit wird im Einführungsworkshop besprochen.

Der Beirat Bürgerbeteiligung als Gremium ist durch seine vielfältigen Gruppierungen und Mitglieder selbst ein Instrument der Bürgerbeteiligung. Das konsensuale Zusammenarbeiten soll dabei im Vordergrund stehen und steht dem reinen Abstimmungsverhalten eines Ausschusses gegenüber. Ziel des Beirats Bürgerbeteiligung ist es, einen Rahmen für informellen Austausch zum Thema zu bieten. Dabei arbeiten die Mitglieder des Beirats oftmals in Kleingruppen zusammen oder laden Expert*innen oder Sachbearbeiter*innen der Verwaltung zu einem bestimmten Thema ein.

Eine Evaluation der Leitlinien Bürgerbeteiligung soll in der kommenden Ratsperiode, geleitet durch den Beirat Bürgerbeteiligung, in einem stadtweiten Prozess durchgeführt werden.